

1 **SPD Mülheim an der Ruhr**
2 **Vertreterversammlung 19.01.09**
3 **Antrag 3**

4
5
6 **Fahrgelderstattung für Ein-Euro-Jobber**

7
8 Der SPD-Unterbezirk Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-
9 Bundestagsfraktion auf, sich für eine Änderung des Sozialgesetzbuch II
10 einzusetzen, die Ein-Euro-Jobbern einen gesetzlichen Anspruch auf
11 Erstattung der tatsächlichen Fahrkosten zu ihrer Beschäftigungsstelle gibt.

12
13 **Begründung:**

14
15 Der 14. Senat des Bundessozialgerichts hat am 13. November 2008
16 entschieden, dass die Kosten für das aufzuwendende Fahrgeld zum
17 Arbeitsplatz bei einem Ein-Euro-Jobber mit der Mehraufwandsentschädigung
18 abgegolten sind.

19
20 Ein-Euro-Jobs sind Arbeitsgelegenheiten die im öffentlichen Interesse liegen,
21 zum Vorteil der gesamten Gesellschaft. Eine Aufwandsentschädigung von 1 €
22 je Stunde, neben dem Arbeitslosengeld II, ist unseres Erachtens dabei die
23 unterste Entschädigungshöhe.

24
25 Es ist weiterhin nicht nachvollziehbar, warum beispielsweise bei
26 Weiterbildungsmaßnahmen die Fahrkosten erstattet werden, hier jedoch nicht.

27
28 Ein-Euro-Jobbern, die nahe an einer Beschäftigungsstelle wohnen, entstehen
29 keine Fahrkosten, andere müssen aus der Mehraufwandsentschädigung die
30 Fahrkosten tragen. Das ist ungerecht.

31